Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk ist 30 (Familienanzeigen und Gesuche Behördliches 15), auswärts 35, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 60, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 65, auswärts 65 Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12295.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Sachsen, Nr. 58.

Tageblatt • enthaltend die **amtlichen Bekanntmachungen** der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg, der Stadträte in Grünhain, Lößnitz, Neustädtel und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Sachsen.

Fernsprecher: Aue 51 und 91, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 5216. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 154. Sonntag, den 5. Juli 1931. **84. Jahrg.**

Amtliche Anzeigen.

Oeffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

findet **Mittwoch, den 8. Juli 1931, vormittags ½11 Uhr** im **Gasthaus zur Talsperre** (Bes.: M. Heidenfelder), **Carlsfeld-Weiterswiese**, statt.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, den 3. Juli 1931.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Fabrikanten Wilhelm Adolf Reinwart in Schwarzenberg-Neuwelt, alleiniger Inhaber der nichteingetragenen Firma W. Adolf Reinwart, Emaillier- und Stanzwerk, daselbst, wird hierdurch aufgehoben, nachdem der im Vergleichstermine vom 17. Dezember 1930 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 17. Dezember 1930 bestätigt worden ist. K 5/30

Schwarzenberg, den 29. Juni 1931. **Das Amtsgericht.**

Montag, den 6. Juli 1931, vorm. 11 Uhr soll in **Rittersgrün 1 Pianoforte** öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden. Q 1254/31

Sammelort der Bieter: Rest. Turngarten.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

---

1 Kanarienvogel ist hier als zugeflogen abgegeben worden. Wenn er nicht bis **Dienstag**, den 7. Juli 1931, mittag 12 Uhr vom Empfangsberechtigten in unserer Polizeiwache abgeholt wird, werden wir über ihn verfügen.

Aue, 3. Juli 1931. **Der Rat der Stadt, Polizeiamt.**

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung in Schneeberg

Dienstag, den 7. Juli 1931, abends 7 Uhr.

Tagesordnung hängt im Rathaus aus.

Polizeiverordnung

über das Ausrufen und Anbieten von Wohnungen für Kurgäste
vom 26. Juni 1931.

Mit Zustimmung der Gemeindeverordneten wird folgendes bestimmt:

§ 1.
Das Ausrufen und Anbieten von Wohnungen für Kurgäste ist auf öffentlichen Verkehrsräumen (Straßen, Wegen, Plätzen) jedermann verboten.

§ 2.
Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmung werden mit Geld bis zu 150 RM. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

§ 3.
Die Polizeiverordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Radiumbad Oberschlema, am 26. Juni 1931.

Der Gemeinderat.
Reef, Bürgermeister.

Dittersdorf. **Straßensperrung.**

Wegen Beschotterung wird die Zwönitzer Straße von Flur Lößnitz bis Gasthof Dittersdorf vom 7.—13. Juli für allen Fahrverkehr gesperrt. Die Umleitung erfolgt über Lenkersdorf.

Dittersdorf, 4. Juli 1931. **Der Gemeinderat.**

Vor dem Siege Frankreichs.

Hoover muß nachgeben. Frankreich legt die Hand auf die Reichsbahn. Der Youngplan bleibt.

Eine Erklärung der französischen Regierung

Paris, 4. Juli. Die Besprechungen zwischen den französischen und amerikanischen Ministern, die um 21½ Uhr begonnen hatten, dauerten bis 40 Minuten nach Mitternach. Es wurde dann von der französischen Regierung folgendes Kommuniqué herausgegeben:

Schatzsekretenr Mellon und Botschafter Edge haben mit Außenminister Briand, Finanzminister Flandin und Unterstaatssekretär François Poncet heute abend verhandelt. Die Delegierten der französischen und der amerikanischen Regierung haben die Prüfung des Hooverschen Vorschlags und der französischen Antwortnote fortgesetzt. Schatzsekretär Mellon bestätigte, daß die amerikanische Regierung sich mit der Aufrechterhaltung der Entrichtung der ungeschützten Annuitäten des Youngplanes durch Deutschland einverstanden erklärt hat. Andere Meinungsverschiedenheiten wurden ausgeglichen; die noch bestehenden, die geringfügigere Bedeutung haben, werden dem französischen Ministerrat unterbreitet werden, der am Sonnabend um 16 Uhr zusammentritt. Es scheint, daß die Einigung über den technischen und finanziellen Teil der Verhandlungen vorbehaltlich der Zustimmung der anderen interessierten Mächte sehr bald erzielt werden wird.

•

Paris, 4. Juli. Havas gibt über die amerikanisch-französischen Besprechungen eine Mitteilung aus, in der es heißt:

Die Verhandlungen, die seit über einer Woche in Paris zwischen dem amerikanischen Schatzsekretär **Mellon** und den französischen Ministern geführt wurden, haben in der Nacht zu einer **Einigung** geführt, die der französische Ministerrat am Sonnabend nachmittag zu ratifizieren haben wird. Die zu treffende Regelung bestätigt den wesentlichen Grundsatz des französischen Gegenvorschlages, nämlich die **Unantastbarkeit der Zahlung der ungeschützten Young-Annuität durch Deutschland**, d. h. die Bezahlung der Reparationen. Das sei für die französischen Delegierten ein wichtiges Ergebnis. Nunmehr müsse man die Zustimmung der anderen an den Reparationen interessierten europäischen Mächte zu den Durchführungsmodalitäten des Hoover-Moratoriums erlangen und ferner die **Wiederinkraftsetzung des Youngplanes nach der einjährigen Zahlungspause**, die nach dem amerikanischen Vorschlag bis 1. Juli 1932 geht. Es scheine, daß die bereits über das ganze System zwischen Amerika und Frankreich erzielte Einigung die allgemeine Verständigung erleichtern werde, da die anderen Mächte weniger stark durch die Einstellung der Zahlungen Deutschlands in Mitleidenschaft gezogen würden.

Nunmehr müßten noch zwei Punkte geklärt werden: 1. die 500 Millionen Goldmark, die die **ungeschützte Annuität** darstellen, die Deutschland an Frankreich entrichtet, und die Frankreich durch Vermittlung der Internationalen Zahlungsbank Deutschland wieder zur Verfügung stellen werde, **die aber nicht dem Reich** als solchem **geliehen werden, sondern der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft**, sodaß die deutsche Anleihe also einen kommerziellen Charakter haben werde. 2. Wenn Deutschland nach Ablauf der zwölfmonatigen Zahlungspause ein **neues Moratorium** beantragen würde, wozu der Youngplan ihm das Recht gebe, werde **Frankreich nicht aufgefordert werden, weitere 500 Millionen Goldmark bei der Internationalen Zahlungsbank auf Grund des Artikels 109 des Youngplanes einzahlen zu müssen.** Frankreich stehe die Möglichkeit zu, von dieser Klausel befreit zu werden.

(Bereits durch Sonderblatt mitgeteilt.)

„Von einer Einigung kann nicht gesprochen werden".

Sagt Washington.

Washington, 3. Juli. Präsident Hoover und Unterstaatssekretär Castle erhielten erst am späten Abend von Mellon eine telephonische Mitteilung über den Inhalt der von der französischen Regierung ausgegebenen Erklärung. Castle erklärte Pressevertretern, daß dieses Komuniqué noch nicht die prinzipielle Zustimmung Frankreichs zum Vorschlag des Präsidenten Hoover darstelle. Solange Frankreich nicht alle Punkte angenommen habe, auf denen die amerikanische Regierung bestehe, könne von einer Einigung noch nicht gesprochen werden. Hoover hat seine Wochenendreise nach Rapidan verschoben, um das Ergebnis der morgigen Sitzung des französischen Ministerrates abzuwarten.

•

Zieht sich Amerika zurück?

Eine Konferenz über die Einzelheiten.

Washington, 3. Juli. Unterstaatssekreiär Castle erklärte, er hoffe, bald die Verständigung mit Frankreich über alle bisher strittige Punkte mitteilen zu können. Es müßten in technischen Besprechungen der Finanzfachverständigen der beteiligten europäischen Länder die Einzelheiten ausgearbeitet werden. Amerika hoffe, daß diese Besprechungen in versöhnlichem Geist erfolgten und ein gutes Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich herbeiführten. Amerika werde sich an diesen rein technischen Besprechungen voraussichtlich nur in sehr geringem Umfange beteiligen, da es sich vorwiegend um die Anpassung des Youngplanes an die einjährige in diesem Monat beginnende Zahlungspause handele.

•

Paris, 4. Juli. Die französischen Blätter, soweit sie sich mit dem erst in den Morgenstunden veröffentlichten Kommuniqué und den daraus sich ergebenden Möglichkeiten beschäftigen, geben ihrer Genugtuung Ausdruck, indem sie nachzuweisen suchen, daß man Frankreichs Forderungen in einem gewissen Grade gerecht geworden sei.

•

London, 4. Juli. „Daily Telegraph" rechnet damit, daß bis Sonntag eine Lösung gefunden wird. Die meisten französischen Forderungen seien bewilligt worden.

•

Paris, 4. Juli. Die gegenwärtige Parlamentsession der Kammer und des Senats ist heute geschlossen worden.

Der französische Rüstungswahnsinn.

3¾ Milliarden für Festungsbauten.

Paris, 3. Juli. Der Senat behandelte weiter einen Gesetzesvorschlag über die Bewilligung von neuen Krediten für die französische Grenzverteidigung, der mit 277 gegen 24 Stimmen angenommen wurde. Hierbei erinnerte Kriegsminister Maginot an das Gesamtprogramm für die Organisierung der Grenzverteidigung. Bisher habe man ihm 1428 Millionen zur Verfügung gestellt, und er müsse nun um die restlichen 2327 Millionen bitten. Maginot schloß mit den widerlich-scheinheiligen Worten: „Wir brauchen unsere Liebe zum Frieden, die in Frankreich das Monopol keiner Partei ist, nicht mehr zu beweisen. Wenn dies aber dennoch nötig wäre, so würde es durch die Abstimmung geschehen, die Sie nunmehr vornehmen."

Lügen.

Amtliche Zurückweisung.

Berlin, 3. Juli. In der französischen Kammer sind über den Stand der deutschen Flottenstärke vom französischen Marineminister Behauptungen aufgestellt worden, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Der Minister hat davon gesprochen, daß Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrages verletzt und das ihm zugestandene Flottenbauprogramm um 25 Prozent überschritten habe. Er sprach davon, daß Deutschland acht kleine Kreuzer, 25 Zerstörer und 25 Torpedoboote besitze. In unterrichteten Kreisen des Reichswehrministeriums ist man der Ansicht, daß der französische Minister den deutschen Flottenbau, der ja auch im Reichstag verhandelt worden ist, genau kennt. Es bleibt daher völlig unerfindlich, wie er zu seinen Behauptungen kommt. Der Versailler Vertrag gesteht Deutschland nur sechs Panzerschiffe, sechs Kreuzer, zwölf Zerstörer und zwölf Torpedoboote zu. Außerdem dürfen zwei alte Panzerschiffe, zwei alte Kreuzer, vier Zerstörer und vier Torpedoboote als Ersatz unterhalten werden. Da das deutsche Flottenbauprogramm nur vier Panzerschiffe, vier Kreuzer, neun Zerstörer und zehn Torpedoboote vorsieht, erreicht es noch nicht einmal die ihm im Versailler Vertrag zugestandene Flottenstärke. Die Behauptung von einer 25prozentigen Ueberschreitung des Versailler Vertrages kann nur als eine bewußte Entstellung bezeichnet werden.

Immer wieder französische Militärflugzeuge über deutschem Gebiet.

Trier, 3. Juli. Aus Diedenhofen kommend, erschienen gestern abend kurz nach Eintritt der Dämmerung zwei französische Militärflugzeuge über dem deutschen Gutsschloß Pillingen bei Perl an der Obermosel. Es waren Doppeldecker, die einen Uebungsflug machten, was man daraus erkennen konnte, daß sie Lichtsignale in verschiedenen Farben abwarfen. Vom Gutshof aus konnten die Flugzeuge mit Ferngläsern einwandfrei festgestellt werden. Die Flugzeuge kehrten nach einiger Zeit um und flogen in der Richtung auf Diedenhofen nach Frankreich zurück.

Versailles-Kundgebung verboten.

Berlin, 3. Juli. Der Kreis 10 der Deutschen Studentenschaft teilt mit, daß die für den 4. Juli im Berliner Lustgarten geplante Protestkundgebung gegen das Versailler Diktat vom Polizeipräsidenten in Berlin auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten nicht genehmigt worden ist.

•

Zusammenstöße in Greifswald.

Greifswald, 3. Juli. Die rechtsstehende Studentenschaft der Universität demonstrierte gestern gegen die Verurteilung des Studenten Lugge, der wegen Beleidigung des „Republikanischen Studentenkartells" auf die Klage der demokratischen Professoren Ziegler und Klinkmüller und des ehemaligen Landrates Kagge hin zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war. Der Unwille des rund tausend Mann starken Demonstrationszuges richtete sich hauptsächlich gegen die Polizei. Es kam zu ernsthaften Zusammenstößen, wobei die Polizei von dem Gummiknüppel Gebrauch machte. Mehrere Studenten wurden verhaftet.

Friedrichshafen, 3. Juli. Der Luftschiffbau Zeppelin teilt mit, daß die von ihm und der Gesellschaft Aero-Artik geplante Polexpedition nunmehr endgültig auf die Zeit nach dem 20. Juli festgesetzt ist. Die Gesamtleitung der Expedition wird Dr. Eckener, die wissenschaftliche Leitung Professor Samsilowitsch, der bekannte russische Geograph, haben. Der Aufstieg des Luftschiffes wird am 24. oder 25. Juli stattfinden.

SLUB
Wir führen Wissen.